

WERTHEIMER SCHÜLERBEWEGUNG

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

Traum-a-land

www.traumaland.de

WERTHEIMER SCHÜLERBEWEGUNG

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

Die Wertheimer Schülerbewegung, USI 1969-1971, wird mit einigen ihrer Publikationen, Flugschriften dokumentiert. Die Wertheimer Schülerbewegung ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die politisierte Jugendbewegung der 70er Jahre, insbesondere für die Jugendhausinitiativen Tauber-Frankens. In den Kleinstädten entstand eine neue Subkultur einer Generation, die die langfristig anhaltende soziokulturelle Ausdifferenzierung in der kleinstädtischen Gesellschaft einleitete.

© Traum-a-land Copyright:

Alle unsere Webseiten können kostenfrei gelesen und ausgedruckt werden. Ausgedruckte Textteile können in der üblichen Form unter Angabe der Quelle frei zitiert werden. Alle erfolgten Ausdrücke unterliegen dem Schutz des Urheberrechtes. Ihre Vervielfältigung und Weiterbearbeitung bedarf der schriftlichen Zustimmung.

traum-a-land@t-online.de

www.traumaland.de www.traum-a-land.de www.regionale-geschichte.de
www.bauernkriegs-landschaft.de

Sammlung & Archivrecherche: Hermann Schöffner, Jürgen Wohlfarth

WERTHEIMER SCHÜLERBEWEGUNG

USI

- Schülerbewegung Wertheim -
1969 - 1971

DIE SCHULE KANN KEINE DEMOKRATIE SEIN

In der Zeit von 1969-1971 gab es in Wertheim eine sehr starke Schülerbewegung, die in ganz Baden-Württemberg bekannt war. Während in den Großstädten die Schülerbewegung bereits am Abflauen war, wuchs sie in der Provinz mit zweijähriger Zeitverschiebung nochmals an.

Ursache der Schülerrevolte

Der ganze Konflikt am Bonhoeffer-Gymnasium begann damit, dass der Direktor Dr. Max einen von der SMV gewählten Schulsprecher ablehnte und dies mit „mangelnden Umgangsformen“, Unreife und schlechten schulischen Leistungen begründete. Darauf trafen sich Schüler und drei Lehrer (Kommer, Güde, Leonhardt) und verfassten ein Flugblatt, um über diesen Vorfall an der Schule zu berichten. Die erste Auflage wurde von Pfarrer Schwindt im Stift konfisziert, eine zweite notdürftige Auflage aber dennoch am Morgen des 14. November 1969 verteilt. Dieses Flugblatt bewirkte die Anerkennung des Schulsprechers.

Der Konflikt verstärkte sich, als zwei ehemalige Schüler des Gymnasiums (die Mitglieder der Schülerzeitung VOX (das Volk) waren) die ganzen Abläufe durch einen

Leserbrief publik machten. Daraufhin gab es in der Öffentlichkeit eine lang andauernde Leserbriefdiskussion und an der Schule viele Schülervollversammlungen und SMV-Aktivitäten.

Im Lauf dieses Konfliktes gründete sich die USI (Unabhängige Schülerinitiative), die hauptsächlich die Aktivitäten trug und zu der ca. 200 Schüler gehörten.

Aktionen an der Schule

Dieser Konflikt hatte das Wertheimer Gymnasium aus dem Dornröschenschlaf gerissen und eine allgemeine Politisierung bewirkt. Konkret äußerte sich dieser Bewusstseinswandel daran, dass in der SMV viel länger, interessierter und intensiver diskutiert wurde als bisher, dass es Vorschläge gab, ein Schülerkollektiv an die Spitze der SMV zu stellen (was dann praktisch auch getan wurde) und dass sich die Schüler mit den engagierten Lehrern sehr oft in Wirtschaften und später in einem angemieteten USI-Keller trafen.

Angesichts des bevorstehenden NPD-Parteitages (14.-15.Feb. 1970) wurde ein Faschismus-Seminar eingerichtet und über den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus diskutiert. Die Suspendierung von Kommer am 16. Februar, war zum NPD-Parteitag bereits bekannt. Deshalb gab es aus der Masse der Gegendemonstranten gegen den NPD-Parteitag eine spontane Demo zum Gymnasium. Als wir mit roten Fahnen vor dem Gebäude aufzogen, waren die Lehrer total verblüfft und drückten ihre Nasen hinter den Blumentöpfen an der Scheibe platt. Die Schüler wurden nicht eher herausgelassen (alle politischen Schüler waren trotz Verbot zu Aktionen gegen den NPD-Parteitag abgehauen und bekamen dafür alle im Betragen eine ‚6‘) bis die Polizei die Schule gesichert hatte (Sie wurde über Hubschreiber herbeidirigiert, da die Polizei sichtlich irritiert war, dass wir zum Gymnasium zogen, während ein anderer Teil des Zuges vor die Main-Tauber-Halle gezogen war). Vor seiner eigenen Schule mit einer solchen Masse von Leute zu stehen und rote Fahnen zu schwenken, während drinnen die Lehrer vor Angst in Panik geraten, war schon ein Erlebnis.

Nach diesem Vorgehen gegen Lehrer Kommer eskalierte der Konflikt. Es gab teach-ins, Elternbeiratssitzungen, Lehrerversammlungen und viele Berichte in der Presse. Als dies alles nichts half, um das drohende Berufsverbot für Helmut Kommer abzuwehren, beschloß die USI einen Schulstreik.

Er begann am 13. März als aktiver Streik in der Schule mit Arbeitsgruppen (SMV, Schule und Demokratie). Es wurde eine neue SMV-Satzung (Kollektiv) entwickelt, um so die erreichten Positionen weiterzuentwickeln. Am 13. März 70 gab es eine Demo mit 500 Schülern und einem anschließenden Teach-In, auf dem OB Scheuermann spektakulär den Rücktritt von Direktor Max forderte.

Die Entwicklung innerhalb der USI

Stand am Anfang des Konflikts hauptsächlich der „autoritäre Charakter“ der Schule und die Forderung der „Demokratisierung der Schule“ (SMV, Gremien) im Vordergrund, so entwickelte sich im Herbst 190 allmählich ein anderes Selbstverständnis der USI heraus, nämlich die Erkenntnis, dass die SMV ein Sandkastenspiel ist und bleibt und dass wir eine autonome SMV (Kollektiv) bilden. In dieser Zeit (Sommer 70 – Weihnachten 70) fällt eine Phase intensiver Schulung (Kommunistisches Manifest, Ursprung der Familie ...), die Herausgabe eines theoretisch sehr hochstehenden USI-Infos (zum Numerus clausus, Schule im Kapitalismus, Familiensozialisation etc.). Um einen Versammlungsraum außerhalb der Schule zu haben, traten einige (USI-Hauptmacker) in die Jusos ein. Diese Entscheidung hing auch mit der Überlegung einer „Umfunktionierung“ zusammen.

Am Weihnachten 70 wurde eine Grundsatzdebatte über die USI und über die Funktion des Bildungswesens im Kapitalismus geführt. Am 21. Mai 71 wurde dann endgültig mit der herkömmlichen Arbeit gebrochen und in einer spektakulären Schülervollversammlung der Austritt aus der SMV vollzogen und die Gründung von ROTEN ZELLEN durchgeführt. Im Juni gab es eine Veranstaltung der Roten Zelle zu den Black Panthers. Die Repression an der Schule nahm immer stärker zu (ganze USI-Klassen blieben sitzen) und der Weggang der Aktiven nach Heidelberg, sowie eingerissene Perspektivlosigkeit führten zur Auflösung der Schülerbewegung.

Das Ende der Schülerbewegung

Für die beteiligten Lehrer hatte es die weit reichendsten Auswirkungen: Kommer bekam Berufsverbot, Güde eine disziplinarische Geldstrafe von 900 DM und Strafversetzung, Leonhardt eine Diszi-Strafe von 900 DM. Kommer wurde im Frühjahr 70 entlassen, Güde am 1. August strafversetzt, was uns in unserer Arbeit sehr zurückwarf.

Die Entlassungsgründe für Kommer waren:

- fachfremder Unterricht (er hatte mit Schülern im Französ.-Unterricht über „Autorität“ diskutiert)
- Referat über Demokratisierung in der Schule, das vor Lehrerkollegium gehalten wurde (eine demokratische Schule kann man doch nicht mehr demokratisieren wollen)
- Aufwiegelei gegen den Schulleiter
- Öffentliche Stellungnahmen in den Lokalzeitungen

Nach dem Landesbeamtenengesetz §68, Abs. 1: „seinem Vorgesetzten mit Achtung und Ehrerbietung zu begegnen“ wurde die Entlassung juristisch begründet.

Wenn man bedenkt, um welche Bagatellen es hier eigentlich ging und man auf der anderen Seite sieht, was sich der Direktor unwidersprochen leisten konnte („Die Schule

wird nach wie vor in permanenter Unruhe gehalten, DAS DISKUTIEREN IST WIE EINE KRANKHEIT, von er sich auch Lehrer anstecken lassen.“ Dr. Max in einem Brief an das Oberschulamt), so kann man heute noch in Wut geraten.

Die Unruhe an der Schule dauerte 2 Jahre und setzte sich dann als Unruhe in der Stadt seit 10 Jahren fort. Ohne die USI hätte es keine Aktion Jugendhaus gegeben und ohne diese politische Vergangenheit wäre in Wertheim keine politische Provinz möglich gewesen.

Aus: Schülerbewegung 69-71. „Die Schule kann keine Demokratie sein“. In: Traum-land – Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe. Schwerpunkt: Die politische Geschichte unserer Region. Streiflichter aus der Provinz 1969-1979. Nr. 8, Juli 1979, S. 22-25

WERTHEIMER SCHÜLERBEWEGUNG

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

CHRONIK

11. Nov. 1969 Manipulationsversuche bei der Wahl eines Schülersprechers durch die Direktion des Wertheimer Gymnasiums, Ablehnung eines Kandidaten

12. Nov. 1969 1. Treffen von Schülern und Lehrern, Formulierung einer schriftlichen Bitte um Anerkennung der Wahl

13. Nov. 1969 Treffen von VOX-Redakteuren, Schülern, Lehrern; VOX-Info Nr. 1 erscheint; in der Nacht „Schwind-Intermezzo“

14. Nov. 1969 Verteilung des Info; Repressionsmaßnahmen gegen Schüler

17. Nov. 1969 Lehrerversammlung und Schülerversammlung

18. Nov. 1969 Feist-Flugblatt

21. Nov. 1969 OIa-Resolution

ab 20. Nov 1969 Leserbriefdiskussion in den Zeitungen; USI-Info 1 (Flugblatt), SMV-Arbeit (Kollektivvorschlag)

9. Dez. 1969 Einleitungen der Ermittlungen gegen Kommer

16. Jan. 1970 Politisches Jugendforum

11. bzw. 16. Febr. 1970 Kommer wird nicht in den Staatsdienst übernommen

14. Febr. 1970 NPD-Parteitag in Wertheim; Demo; Schülerdemo vor Gymnasium

18. Febr. 1970 Teach-in der USI / Resolution für Übernahme Kommers

13. März 1970 Streik / Arbeitsgruppen

14. März 1970 Demonstration / Teach-in in der Aula

Juni 1970 USI-INFO NR. 1 (Zeitschrift)

14. Juli 1970 Teach-in zur Versetzung von Güde im Waldhaus

Juli 1970 Schulung / Projektion von Basisgruppen; Eintritt zu den Jusos; Beginn der präsozialistischen Phase; USI-INFO NR. 2 (Zeitschrift) erscheint

August 1970 Versetzung Güdes / Abspringen vieler Leute

15. Oktober 1970 Schülerversammlung in der Aula anlässlich der Richtlinien / Autonome SMV

November 1970 USI-INFO NR. 3 (Zeitschrift) erscheint

14. Dez. 1970 Beginn der 1. Organisationsdebatte

Dezember 1970 USI-INFO Nr. 4/5 (Zeitschrift) erscheint

Jan./Febr. 1971 2. Organisationsdebatte; Analyse des Bildungswesen in der BRD; Aufnahme des Vorschlags von Basisgruppen

Ende Dezember 1970 Jugendhaus-Aktion

21. Mai 1971 Bildung von Roten Zellen / Austritt aus SMV

Juni/Juli 1971 Cabora Bassa-Referat / Black Panther Veranstaltung im Waldhaus

Mitte Juni 1971 Besetzung des Jugendhauses

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

ZEITTAFFEL KOMMER

11. Nov. 69:

Schulsprecherwahl; Klaus Bräuer wird dabei von der Direktion schlechtes Benehmen gegenüber der Sekretärin, geistige Unreife und mangelnde schulische Leistung vorgeworfen. Der Versuch, die Schüler dadurch von der Wahl dieses Kandidaten abzuhalten, scheitert jedoch. Die Mehrheit des Schülerparlaments wählt Klaus Bräuer.

12. Nov. 69:

Dr. Max setzt sich mit der Mutter Bräuers in Verbindung. Unter anderem sagt er, das gesamte Lehrerkollegium lehne die Wahl ab. Sie solle sich verpflichten, im Falle einer Nichtversetzung ihres Sohnes am Ende des Schuljahres keine rechtlichen Schritte zu unternehmen. Nachmittags treffen sich einige Schüler und zwei Lehrer erstmals zu einem Informationsgespräch. Man beschließt, den Direktor am nächsten Tag schriftlich um die Anerkennung der Wahl zu bitten.

13. Nov. 69:

Nachdem Dr. Max am Vormittag die Schulsprecherwahl immer noch nicht anerkannt hat, treffen sich nachmittags Schüler und die drei Lehrer Güde, Leonhard und Kommer. Nach langer Diskussion wird ein Konzept für eine VOX-„Information“ ausgearbeitet (Allerdings ohne Wissen der Redaktion). Dr. Hepperle erklärt sich nach zwei Telefonaten mit dem Text einverstanden. Abends wird im Melanchtonstift gedruckt. Pfarrer Schwind erscheint zwischendurch einmal und erkundigt sich nach der Dauer des Unternehmens und geht dann wieder ohne Einwände. Um 22.45 Uhr ist der Druck beendet. Die Informationsblätter werden bei einem Schüler zuhause deponiert.

14. Nov. 69:

Um 3 Uhr morgens erscheinen zwei verängstigte Stiffler bei Herrn Güde und berichten ihm, Pfarrer Schwindt habe die Wiederbeschaffung der Blätter bis 5.30 Uhr ultimativ verlangt. Der Lehrer nennt die Adresse des Schülers, bei dem sich die Informationsblätter befinden. Dieser händigt schließlich völlig verstört die Blätter aus. Um 7.30 Uhr treffen sich verabredungsgemäß die Schüler und die drei Lehrer vor der

Schule. Eine unveränderte 2. Auflage, die Herr Güde noch in den frühen Morgenstunden auf seiner eigenen Abzugsmaschine gedruckt hat, wird verteilt. Unterdessen bemühen sich Güde und Kommer, bei Pfarrer Schwind die beschlagnahmten Blätter frei zu bekommen, was misslingt. Noch in der ersten Schulstd. Verkündet Dr. Max über Lautsprecher, dass er trotz schulischer Bedenken die Wahl nun anerkenne. Gleichzeitig verhängt er generelles Verbot für alle Flugblätter, die ohne seine Genehmigung verteilt werden. Für Montag wird vom Direktor eine Lehrerkonferenz einberufen. Bei Herrn Kommer nimmt Dr. Max noch am Freitagvormittag einen unangemeldeten Unterrichtsbesuch vor, „um zu prüfen, ob er vorbereitet sein.“ Nachmittags treffen sich wieder die Schüler und die drei Lehrer. Dabei beschließen die Schüler, gleichzeitig mit der Lehrerkonferenz eine Schülervollversammlung abzuhalten.

17. Nov. 69:

Die Schülerversammlung findet im Kino „Roxy“ statt. 450 Schüler (allerdings auch Unterstufe) sind anwesend und nehmen mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, die schließlich vom Schülerparlament bestätigt wird. Gleichzeitig findet um 11.30 Uhr im Gymnasium die Lehrerkonferenz statt. Die drei Lehrer werden vom Direktor wegen Aufwiegelei der Schüler angeklagt. Nach heftigen Diskussionen und erst nach zweimaliger Abstimmung, die ganz knapp ausfällt, darf Herr Kommer als erster zu den Vorfällen reden.

20. Nov. 69: Die „Wertheimer Zeitung“ veröffentlicht einen Leserbrief zweier ehemaliger Schüler und bringt eine erste Stellungnahme des Direktors. U. a. heißt es hier, dass die Lehrerkonferenz zwar keinen Beschluß über die Vorfälle gefaßt habe, er jedoch an das Oberschulamt berichten werden. Weiter schreibt Dr. Max, Schule könne keine Demokratie sein und es gehe auch ohne Schulsprecher und Parlament. Die von den Schülern in ihrer Vollversammlung beschlossene Resolution werde er auf keinen Fall akzeptieren.

Der Direktor schickt einen ersten Bericht an das Schulamt. Die Vorgänge während der Schulsprecherwahl sieht er so: Kommer habe eine rebellische Solidarität vieler Schüler gegen den Direktor geschaffen, die Sache sei zugegebenermaßen nach den bekannten Modellen des SDS und der APO geplant und werde mit System gelenkt.

22. Nov. 69:

Dr. Max richtet einen weiteren Brief an das Oberschulamt mit der Bitte, darüber zu befinden, ob sich Herr Güde und Herr Leonhard wie Herr Kommer einer Verletzung der Treuepflicht schuldig gemacht hätten und ob der Tatbestand der Aufwiegelung der Schüler vorliege.

29. Nov. 69:

Studienrat Güde, Studienassessor Leonhardt und Studienreferendar Kommer veröffentlichen einen Leserbrief in der „Wertheimer Zeitung“ als Antwort auf den Leserbrief von Direktor Dr. Max vom 22.11. Sie werfen darin dem Direktor

Missachtung demokratischer Spielregeln vor.

1. Dez. 69:

Direktor Dr. Max meldet die Leserbriefzuschrift der drei Lehrer nach Karlsruhe und wertet sie als Anzeichen dafür, dass sie ganz offensichtlich unbelehrbar und mit allen Mitteln darauf bedacht seien, die Unruhe aufrecht zu erhalten.

9. Dez. 69:

Das Oberschulamt teilt Herrn Kommer mit, dass es Vorermittlung gegen ihn einleite, da der begründete Verdacht bestehe, dass er ohne zwingenden Grund und unter Schädigung der Wirkungsmöglichkeiten des Dietrich Bonhöffer Gymnasiums seine Vorgesetzten in der Öffentlichkeit diffamiert habe.

14. Jan. 70:

Herr Kommer darf von nun an nur noch 12 Stunden Französisch unterrichten. Die 5 Stunden Deutschunterricht in der Sexta werden ihm gestrichen. Ein äquivalenter Ersatz wird ihm nicht geboten. Auf seinen Einwand, er würde durch die Wegnahme der Sexta finanziell geschädigt, geht der Direktor nicht ein. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Personalrat der Schule von Oberregierungsrat Lübke informiert, er müsse möglicherweise sehr kurzfristig zu einer möglichen Entlassung Kommers Stellung nehmen.

16. Jan. 70:

Oberregierungsrat Lübke kommt nach Wertheim, um im Auftrag des OSA's (Oberschulamt) die von Herrn Laubscher, dem Anwalt der Beklagten, dargelegten Tatbestände zu überprüfen. Herr Kommer weist auf die schwierige ökonomische Situation hin, die für ihn durch die Wegnahme der Sexta entstanden ist. Herr Lübke meint dazu, die entstandene Rechtslage sei sehr schwierig, er könne dazu keine Stellung nehmen. Bereits einen Tag vorher hatte man zwei elfjährige Schüler im Zusammenhang mit dem Verfahren verhört.

24. Jan. 70:

Von Dr. Max erfährt Herr Kommer, das das OSA ihn für den 30.1. nach Karlsruhe bestellt habe. Ein Grund dazu wird ihm nicht mitgeteilt.

29. Jan 70:

Herr Kommer erfährt telefonisch von Herrn Lübke, dass er sich zu einem neuen Fall, der als sehr gravierend betrachtet werden müsse, auf dem OSA äußern solle. Dr. Max gibt ihm die Information, dass es sich um seinen fachfremden Unterricht in der O IIIc handle (Herr Kommer hatte hier, wie in der nächstfolgenden Klasse über den Begriff „autoritär – Autorität“ diskutiert).

30. Jan. 70:

Herr Kommer nimmt zusammen mit Rechtsanwalt Laubscher den Termin im OSA

wahr. Hier wird ihm mitgeteilt, dass dem OSA der Brief des Schülersvaters Perseke als Dienstaufsichtsbeschwerde von Dr. Max zugestellt worden sei. Es wird ein Protokoll angefertigt, in dem Kommer begründet, warum es ihm sinnvoll erschien, den Begriff „autoritär“ in der Schule zu diskutieren. In diesem Zusammenhang reflektiert er seine eigene Unterrichtspraxis. Am Ende der Sitzung teilt Herr Lübke mit, dass spätestens zum 15.2. über die Aufnahme in den Staatsdienst entschieden werde. Schließlich weist Herr Lübke klar daraufhin, dass Herr Kommer einem negativen Bescheid dadurch entgehen könne, dass er auf den Staatsdienst verzichte und an ein Privatschulwesen gehe. Das OSA sei dann bereit, das Verfahren einzustellen. Herr Kommer lässt sich auf diesen Handel nicht ein und erklärt Herr Lübke, dass das OSA unter solchen Umständen diesen Schritt von ihm nicht erwarten könne. Die Strategie des OSA, Kommer an ein Privatschulwesen abzuschieben wurde schon vorher deutlich. Hier dazu zwei Beispiele:

1. Am 14.1. erhält Herr Kommer eine „vorläufige Bescheinigung“, dass er die Pädagogische Prüfung für das Lehramt am Gymnasium am 18.12.69 bestanden habe. Der Personalrat erhält ebenfalls am 14.1. den Hinweis auf die beabsichtigte Entlassung.
2. Der Personalrat erkundigt sich am 6.2. eingehend, ob Kommer die Absicht habe, auf ein Privatschulwesen zu gehen. Es sei notwendig zu wissen, da der Personalrat zu der Entscheidung des OSA Stellung nehmen müsse, ihn nicht in den Staatsdienst zu übernehmen.

11. Febr. 70:

Bei einer Vorladung in eigener Sache erfährt Herr Güde von Herrn Lübke, dass Kommer nun endgültig nicht übernommen werde. Diese Auskunft wird zur Veröffentlichung freigegeben.

14. Febr. 70:

NPD-Parteitag in Wertheim. Das Schülerparlament beschließt trotz des Verbots des OSA an der DGB Kundgebung um 11 Uhr vormittags teilzunehmen. Direktor Dr. Max postiert schon ab 8 Uhr Kripobeamte in der Schule. Als die ersten Schüler um 10.30 Uhr die Schule verlassen, überwacht er mit Kripobeamten vom Musiksaal aus das Geschehen. Zwischen 10 und 11 Uhr erscheint im Haus, in dem Kommer wohnt, ein Ortschaftspolizist und erkundigt sich bei den Wirtsleuten, ob Herr Kommer häufig Schülerversammlungen abhalte und ob er an diesem Morgen eine Versammlung abhalte. Zu dem Zeitpunkt, da der Ortschaftspolizist erschien, befand sich Kommer in der Schule, da er in der 4. Stunde Unterricht zu erteilen hatte. Gegen 12 Uhr bewegt sich ein kleiner Demonstrationzug auf die Schule, worauf diese geräumt und mit Bereitschaftspolizei besetzt wird. Über Megaphon wird von einem Sprecher der Demonstranten erklärt, weshalb man vor der Schule gegen den Rauschmiss des Lehrers demonstriere.

16. Febr. 70:

Kommer erhält vom Direktor die Entlassungsverfügung des OSA vom 13.2. in der Direktion überreicht.

18. Feb. 70:

Tech-In der USI, um die Öffentlichkeit, vor allem Eltern, Stadträte und Schüler über den Fall Kommer zu informieren. Die Versammelten beschließen eine Resolution des Inhalts, dass die Nichtaufnahme Kommers ins Beamtenverhältnis aufgrund sachlicher Voraussetzungen nicht zu recht erfolgte. Sie verlangen Rücknahme der Kündigung und Einstellung der disziplinarischen Maßnahmen.

20. Feb. 70:

Sitzung des Lehrerkollegiums des Dietrich Bonhöffer Gymnasiums. Nach mehrstündiger Anhörung wird folgende Resolution verabschiedet: Die Mehrheit des Kollegiums bittet das OSA, Herrn Kommer als Studienassessor in den Staatsdienst zu übernehmen.

21. Febr. 70:

Schülervollversammlung im „Roxy“. Eine Resolution wird verfasst, in der es heißt, dass Kommer bleiben müsse. Würde das nicht geschehen, würde man sich weitere Schritte überlegen.

11. März 70:

Die Schulpflegschaft tagt im Gymnasium. Ein Vertreter vom OSA erscheint nicht. Die Mehrheit der Schulpflegschaft entscheidet sich für Herrn Kommer (Resolution).

12. März 70:

Vertreter des OSA erscheinen in Wertheim. Der „Fall“ Kommer steht scheinbar nicht zur Debatte; stattdessen spricht man über das Gesamtschulprojekt in Wertheim-Nord.

Während dieser ganzen Zeit vom November 69 bis zum März 70 gingen insgesamt 9 Resolutionen an das OSA ab. Sie blieben alle 9 ohne Wirkung. Am 13.3. entscheiden sich etwa 220 Schüler (ohne Unterstufe, etwas 100 weitere Schüler standen unter elterlichem Druck und konnten deswegen am Streik nicht teilnehmen) zu dem schon lange beschlossenen Streik. Nachdem auch die Resolution der Schulpflegschaft keine Wirkung erzielt, scheinen alle legalen Mittel ausgeschöpft zu sein. Dr. Max warnt am Morgen des 13.3. noch, dass ein Streik illegal sei, aber es bleibt jetzt keine andere Möglichkeit. Ab 9.45 Uhr wird gestreikt. Mehrere Versammlungen im „Roxy“ zeigen jedoch, dass sich die Streikenden über einzelne Punkte uneins sind. Trotzdem streiken am Samstag (14.3.) noch über 200 Schüler. Arbeitsgruppen werden eingerichtet (Faschismus, Autorität/autoritär, SMV, Humanismus, Numerus Clausus ...), in denen man diskutiert. Um 3 Uhr nachmittags versammeln sich etwa 400 Demonstranten vor dem Gymnasium. Nach einer Demonstration in Wertheim ziehen die Demonstranten, deren Zahl unterdessen erheblich angewachsen ist, zu einem teach-in in die Aula der Berufsschule. Eine Zehnte Resolution wird mit keiner Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen. Am Montag (16.3.) nach der fünften Stunde wird der Streik aufgelöst.

Aus: VOX Heft 1/70, Seite 21-26, Wertheim 1970. Teilweise aus der Dokumentation Demokratie und Schule Beispiel Wertheim entnommen.

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

RESOLUTION TEACH-IN 14.3.1970

Die auf dem teach-in vom 14. 3. 70 in der Aula des Berufsschulzentrums Wertheim versammelten Lehrer, Schüler, Eltern und demokratischen Bürger verurteilen entschieden die undemokratischen Praktiken der Direktion des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums und des Oberschulamts. Sie erklären sich solidarisch mit den Lehrern Güde, Kommer und Leonhardt und mit dem Ziel, das zu verfolgen: Die Demokratisierung der Schule. Infolgedessen fordern sie die sofortige Wiederaufnahme des Studienassessors Kommer in den Schuldienst und die Einstellung der Disziplinarverfahren gegen Studienrat und Studienassessor Leonhardt. Auf der anderen Seite halten sie die vorgesehene Verschiebung der Pensionierung von Oberstudiendirektor Max, die gesetzlich am Ende dieses Schuljahres erfolgen sollte, untragbar. Sie protestieren auch energisch gegen die Methoden der OSA, die beim Verhör von Schülern (sogar Sextanern) angewendet worden sind, und fordern, dass die auf diese fragwürdige Weise von eingeschüchterten Schülern erpressten Akten sofort vernichtet werden.

Sie erklären, dass sie den Kampf um die Demokratisierung der Schule weiterhin durch öffentlichen Protest und öffentlichen Widerstand führen werden. Sie erklären sich daher mit dem Streik der Schüler des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums solidarisch. Sie werden jeden Versuch der Schulbürokratie, gegen die streikenden Schüler mit disziplinarischen Mitteln vorzugehen, ihren Widerstand entgegenzusetzen. Sie erklären, dass sie jede Verletzung der sogenannten Schuldisziplin und jeden Verstoß gegen das Beamtenrecht, die die Demokratisierung der Schul vorantreiben sollen, als legitimes Handeln unterstützen.

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

GEGEN DIE DUNKELMÄNNER IM OSA DIE SOLIDARITÄT DER STRASSE

JETZT WISSEN WIRS GENAU! DIE WAHREN GRÜNDE FÜR GÜDES
VERSETZUNG!!

„Bei den dienstlichen Gründen handelt es sich im wesentlichen um die von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 7. Juli 70 vermuteten, die gegenüber den gegen eine Versetzung angeführten Gründen nach Auffassung des OSA Nordbaden vorrangig sind.“ (aus der Begründung des OSA). Nun könnte man fragen, was Herr Güde denn vermutet hatte: ..., dass seine Versetzung mit den Vorgängen zusammenhängt, die zu seinem Disziplinarverfahren führten, also mit den Vorfällen um die Schulsprecherwahl im letzten Jahr.

Eines wird aus der Antwort des OSA deutlich: es handelt sich um eine Maßnahme zur „Ruhestiftung“. Das OSA scheint es nicht mehr nötig zu haben, wie im Fall Kommer, Nebengründe, wie fachfremden Unterricht, zur Verschleierung der wahren Gründe zu zitieren. Recht offen wird gezeigt, dass es hier um Durchsetzung bürokratischer Macht geht.

WER OBEN SITZT, MUSS NICHTS ERKLÄREN!!

Man wäre versucht, angesichts dieser Vorfälle, das Wort „freiheitliche Demokratie“ nicht mehr in den Mund zu nehmen, wenn man sieht, wie Menschen bei uns behandelt werden. Die Macht der Bürokratie, die anscheinend niemand Rechenschaft schuldet, scheint ungebrochen. Aber Resignation ist genau der Kitt, der dieses morsche Gebäude überhaupt noch zusammenhält. Wie wenige halten am Bestehenden fest, weil sie

glauben, es sei gut. – Wie viele, weil sie meinen, es „geht halt nicht anders“.

Daß es doch anders geht, haben unsere Aktionen während dieses Schuljahres gezeigt! Als Schüler sahen wir, dass wir auf niemanden warten müssen, um unseren eigenen Willen zumindest zu zeigen.

Die Lage in der sich das OSA befindet, ist schwierig: die Kleinstädte waren früher der Ort, an dem die „Sünder“ verwahrt wurden. Diese Praktik muß das OSA jetzt aufgeben und seine Großstädte noch mehr „verseuchen“. Alle Referendare kann das OSA nicht behandeln, wie Steffens und Kommer: es hat nur noch die Wahl, entweder die Schulen leer stehen zu lassen, oder die zu dulden, die nicht mehr lange Geduld mit ihm haben werden.

Deshalb demonstrieren wir auch jetzt. Wir sind nicht stark genug, Güdes Hierbleiben zu erzwingen, aber wir sind stark genug, den Kampf weiterzuführen, den wir mit ihm, Leonhardt und Kommer, begonnen haben.

Die Demonstration ist nicht der Kampf selbst. Aber sie zeigt denen, die auf unsere Schwäche hoffen, dass wir nicht aufgeben werden.

SOLIDARITÄT MIT GÜDE

Das OSA hat berechtigte Angst davor, sich in die Karten schauen zu lassen. Seine Zwangsmaßnahmen haben aber schon im Fall Kommer, wie auch jetzt im Fall Güder, die Öffentlichkeit so aufgerüttelt, dass es die Neugierigen nicht so schnell wieder los wird.

ALLE ZUR DEMONSTRATION

Dienstag 17.30 / Treffpunkt: Gymnasium

Flugblatt: Juli 1970

Hinweis: OSA = Oberschulamt

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

RÜCKTRITTSERKLÄRUNG

Vom antiautoritären zum sozialistischen Kampf

In letzter Zeit war es still geworden um die USI, und auf den ersten Blick könnte man meinen, ohne die krassen Fehler eines Direktor Max oder des Oberschulamtes könnte sich keine sozialistische Arbeit entwickeln. Daß dem nicht so ist, daß der Stein, der einmal ins Rollen gebracht wurde, sich nicht im bürokratischen Gestrüpp verfängt, sondern immer mehr andere mitreißt, zeigt die ausgiebige interne Diskussion der USI während des letzten halben Jahres. Auf einer längerfristigen Generaldebatte wurde die bisherige Arbeit und eine künftige Strategie ausführlich besprochen. Wir erkannten, daß eine effektive und permanente Schülerarbeit sich nicht auf ein Reagieren auf vorgegebene Konflikte (und Scheinkonflikte) beschränken darf, da ihr sonst leicht die Luft ausgeht. Wer etwas verändern will, muß selbst die Initiative ergreifen! Er muß einen permanenten, organisierten Kampf beginnen, der aktuelle Konfliktsituationen aufgreift, nicht aber anschließend von ihnen bestimmt wird.

Über die Entwicklung der USI

Eine Unzufriedenheit der Schüler am Wertheimer Gymnasium hat eigentlich schon länger bestanden, und schon vor der Entstehung der USI sah eine ganze Reihe von Schülern, daß der „demokratische Sektor“ der Bundesrepublik – demokratisch, weil er vielen durch Wahlen legitimiert scheint, auf dem Schulgebiet endete. Die Erkenntnis jedoch, daß ein offensichtlicher Widerspruch zwischen dem bürgerlichen Demokratieanspruch und der undemokratischen Wirklichkeit besteht, wurde hauptsächlich durch folgende zwei Lügen verhindert:

1. Die von der Schulbürokratie eingesetzte SMV hilft demokratisches Verhalten einzuüben und schafft ein gutes Betriebsklima.

2. In der Schule sollen hauptsächlich genügend Informationen geliefert werden, damit der Schüler später einmal einer Gesellschaft gewachsen ist, in der dann sowieso „Demokratie“ herrscht.

So kam es, dass Schwierigkeiten immer wieder auf Schüler-Lehrer-Konflikte reduziert und zu viele Hoffnungen auf eine noch einzuführende SMV-Satzung gesetzt wurden. Diese sollte mehr Spielraum schaffen. In Wirklichkeit bestand nur ein demokratischer Sandkasten.

Mitten in diesem Geplänkel begingen Direktor Max und die Bürokraten im OSA einen entscheidenden Fehler. Sie griffen nämlich kurzsichtig autoritär bei der Wahl Bräuers zum Schulsprecher in das Sandkastenspiel ein, und aktivierten somit ein Potential demokratischer Schüler, die von jetzt an unaufhörlich am scheindemokratischen Mäntelchen der kapitalistischen Bildungsbürokraten nagten. Diese Schüler schlossen sich zur Unabhängigen Schülerinitiative zusammen, als eine mehr oder weniger spontane Reaktion auf autoritäres Verhalten. Es ging damals noch hauptsächlich um das Aufdecken von Herrschaftsverhältnissen in der Schule, die aber schon als unmittelbar mit den Machtinteressen des OSAs zusammenhängend erkannt wurden. Der wirkliche gesamtgesellschaftliche Feind der Demokratie, nämlich die kapitalistische Klassengesellschaft, für die das OSA nur eine von vielen Verwaltungsinstanzen ist, stand nur als Ahnung hinter den Aktionen. So stand z. B. in einem der ersten USI-Flugblätter als Erklärung des Demokratieverständnisses nur ganz schüchtern ein Th. Heuss Zitat, welches verschämt behauptete: „Demokratie ist in erster Linie nicht eine Frage der Form, sondern des Inhalts“.

Dennoch standen anfangs nicht die inhaltliche Analyse der Schule und des Unterrichts, sondern formale Fragen im Vordergrund, die aber nichtsdestoweniger heftig debattiert wurden, wo sie ja brandaktuelle waren. So war dann auch zu Beginn der USI Aktivitäten eine allerdings noch personenfixierte Solidarisierung festzustellen (Bräuer, Kommer, Leonhardt, Güde).

Der NPD Parteitag im Februar 1970, der die Faschismusfrage aktualisierte, und der „Kommerstreik“, der das Beamtenrecht als Herrschaftsmittel entlarvte, verstärkten zwar eine gesellschaftspolitische Betrachtungsweise, waren aber für viele auch nur das große Ereignis im sonst langweiligen Kleinstadtleben. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Zerfallen der Arbeitsgruppen (Faschismus, Humanismus ...) als der Streik zu Ende war. Als (Genosse) Kommer dann gehen musste, war eine gewisse Enttäuschung nicht zu übersehen, wo doch gerade die Parole „Kommer muß bleiben“ selbst über die USI hinaus eine weitgehende Solidarität geschaffen hatte.

Eine weitere entscheidende Etappe in der Entwicklung der USI nahm die Versetzung des Genossen F. Güde ein. Er hatte aufgrund seines Informationsvorsprunges eine zentrale Position eingenommen, die er jedoch nie dazu benutzt hatte, sich in den Vordergrund zu stellen. Doch so schmerzlich der Verlust der Mitarbeit des Genossen

Güde auch war, man war gewillt, die Arbeit dennoch fortzusetzen. Die Parole lautete damals: „Güde muß gehen, die USI bleibt bestehen.“ Die USI lebte weiter! Wenn auch anfangs mehr schimpfend als ernsthaft arbeitend („Wir werden nicht eher ruhen, bis diese Typen im OSA in ihren Strafakten und schwarzen Listen elend ersticken!!!!“ und „Gegen die Dunkelmänner im OSA die Solidarität der Straße.“). Dem OSA wollte man zeigen, dass man sich nicht unterkriegen lässt und von daher kann man wohl sagen, da objektiv wohl noch ein antiautoritäres Selbstverständnis der USI vorherrschte. Auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis wurde jetzt auch zum ersten Mal eine sozialistische Arbeit an der Schule mit Hilfe von Basisgruppen ernsthaft erwogen. Auch wenn dies noch unter dem Vorzeichen „Wir schaffen’s auch ohne Güde“ lief, so kann man hier doch schon eine präsozialistische Einstellung erkennen.

Die Suche nach einer wirkungsvollen Arbeitsweise

Im Laufe der Zeit erkannten immer mehr USI-Mitglieder, dass die Schule nur eine Einrichtung einer in sich widerspruchsvollen Gesellschaft ist. Ihnen wurde allmählich die volle Tragweite ihres Entschlusses, die Widersprüche in der Klassengesellschaft zu bekämpfen, deutlich. Aus diesem Grund begann man in Arbeitsgruppen mit der Aufarbeitung der marxistischen Theorie. So wurde zwar einem akuten Informationsbedürfnis über den klassenspezifischen Charakter unserer Gesellschaft entsprochen, aber es wurde noch versäumt, den direkten Bezug zum täglichen Tätigkeitsfeld im Unterricht herzustellen.

Auf der Schülervollversammlung am 15.10.70 und bei der Schulsprecherwahl wurden seitens der USI entscheidende taktische Fehler begangen, die eine heftige Diskussion auslösten. Allmählich wurde es für die USI immer unausweichlicher, in einer internen Diskussion alle offenen Fragen in Bezug auf das eigene Selbstverständnis grundlegend zu klären. So kam es dann noch vor den Weihnachtsferien 1970 zu der ersten größeren Organisationsdebatte. Hier wurde vor allen Dingen klar, dass ohne konkreten Anlaß eine Arbeit immer noch schwer durchführbar war. Einige Zeit später wurde die Organisationsdebatte mit der Analyse des Bildungswesens in der BRD fortgesetzt. Dabei wurde sehr schnell deutlich, dass die Schule hauptsächlich als Lieferant von Arbeitskräften zu gelten hat und damit den Gesetzen des kapitalistischen Produktion nicht enttrinnen kann. Da der kapitalistische Produktionsprozeß den Interessen der Arbeiterklasse grundsätzlich widerspricht, muß auch die Schule als Machtmittel der Kapitaleigner gelten (vgl. USI-Info Nr. 4/5). Für eine wirkungsvolle Bekämpfung dieses Machtmittels wurde der Vorschlag wieder aufgenommen, Basisgruppen zu bilden. Durch solche Projekte, die von der USI koordiniert werden sollten, wollte man praktische Erfahrungen sammelnd und die Arbeit aktivieren. Nach anfänglichen Schwierigkeiten war eines jedoch klar geworden. Für eine weitere Schülerarbeit mussten die Erkenntnisse der antiautoritären und präsozialistischen Phase verarbeitet werden. Basisgruppen mussten organisiert werden, und zwar nicht in einzelne Klassen aufgesplittert und keinesfalls als eine Art Unterrichtshilfe.

Es ist also in der USI eine Organisationsform herangereift, die über die USI hinausgeht, sobald die Notwendigkeit eingesehen wird, konkret am Unterricht ideologiekritisch zu arbeiten, eine Arbeit also, die nicht mehr nur bestimmt wird durch das bloße Reagieren auf besondere Konflikte. Die USI hat sich somit im Hinblick auf ihre frühere Funktion und ihren unklaren sozialistischen Anspruch selbst überlebt. In ihr war jedoch schon die neue Organisationsform herangewachsen und für richtig befunden worden. Wenn jetzt auch organisatorisch eine neue Form gewählt wird, so geschieht dies nicht um der Form selbst willen, sondern weil für die inhaltliche Wandlung der demokratischen Schülerbewegung eine entsprechende Form geschaffen werden muß. Diese neue Form, die auf eine sozialistische Arbeit an der Schule abgestimmt ist, entspricht in den schon in anderen Städten geschaffenen Roten Zellen.

Rote Zellen im Kampf gegen die bürgerliche Bildungsanstalt

Aus der Distanz zur früher geleisteten Arbeit, d. h. auf Grund der inhaltlichen Schwerpunktverschiebung der Arbeit, haben wir die Konsequenzen gezogen. Man darf sich nicht mehr mit dem OSA in die Haare kriegen, ohne den Unterricht selbst zu verändern. Die Schule kann kein Freiraum sein, indem fern ab von der gesellschaftlichen Realität Bildung angehäuft wird und auch keine demokratische Insel, die man nach seinen Idealen organisieren kann. Sie ist direkt von den Forderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses abhängig und kann den Kapitalisten nur zusammen mit der Herrschaft über die Produktionsmittel aus der Hand geschlagen werden. Aus diesem Grund kann eine sozialistische Arbeit nie für sich selbst eine revolutionäre Kraft sein. Sie muß hauptsächlich als subversive Kraft angesehen werden, die in die Schulwirklichkeit die Wirklichkeit hineinträgt, und so die gesellschaftlichen Verhältnisse durchschaubar macht. Es gilt, den Klassencharakter unserer Gesellschaft aufzudecken und möglichst viele Schüler für einen antikapitalistischen Kampf zu gewinnen. Für eine solche Arbeit muß der Klassenverband gesprengt werden und durch eine massive inhaltliche Unterrichtskritik der Schule der Schein ihrer Autonomie und ihres allseitigen Bildungsangebotes genommen werden.

Die marktwirtschaftliche Abhängigkeit der Schule wird heute immer offensichtlicher, gerade auch bei der technokratischen Bildungsreform mit Hilfe der Gesamtschule, womit die Ausbildung nur flexibler den Marktforderungen angepasst wird. Der Rest humanistischer Bildungsinhalte wird, da er sich nicht in Profite umschlagen lässt, mehr und mehr abgebaut. So werden inhaltlich aufklärerische Elemente abgebaut und durch mechanische Faktenpaukerei ersetzt. Wo durch die Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses immer mehr wissenschaftlich ausgebildete Arbeiter benötigt werden, wo also die akademische Bildung immer breiteren Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden muß, ist die Bourgeoisie gezwungen, den humanistischen Ballast über Bord zu werfen. Selbst für wirtschaftliche Führungskräfte wird heute eine humanistische Bildung auf Grund von rein kapitalistischen Kalkulationen als

Fehlinvestitionen betrachtet. Eine sozialistische Schülerarbeit muß also der Faktenpaukerei und der Trennung des Wissens in Einzelbereich den gesamtgesellschaftlichen Bezug entgegenhalten. Aufs engste damit verbunden ist zwangsläufig eine schonungslose Ideologiekritik, d. h. ein Aufdecken der Funktionen, welche die bürgerliche Ideologie als Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Klasse erfüllt. Nur so kann man die Angst um all die bürgerlichen „Freiheiten“ und den scheindemokratischen Parlamentarismus beseitigen. Freiheit konnte das Bürgertum ernsthaft fordern, solange es nicht an der Macht war, solange es gegen kirchliche Dogmen und adlige Vorherrschaft ankämpfte. Einmal an der Macht, hatte es diesen Begriff nur als inhaltsleere Formel und allenfalls als Legitimation für eine ihm genehme Herrschaft zugelassen. Die Freiheit der Wahl hat die Arbeiterklasse nur noch für verschiedene Parteien oder Personen, wobei das System selbst natürlich nicht mehr in Frage gestellt wird. Die entsprechende Denkweise wird schon an unseren Schulen eingeübt. Man betrachte nur einmal die idealistische Geschichtsauffassung, nach der hauptsächlich Personen und abstrakte Ideen die historische Entwicklung beeinflussen sollen. Da die materielle Grundlage, d. h. die Besitzverhältnisse in der Gesellschaft nicht mehr in Frage gestellt werden sollen, müssen einzelne Erscheinungen mystifiziert und über die Gesellschaft als ganzes gehoben werden. Herrschaftsfragen werden so von einer individuellen Sicht zu schicksalhaften Fügungen gestempelt.

Die Aufgabe der Roten Zellen wird es also sein, die bürgerliche Ideologie als Legitimation für kapitalistische Herrschaft zu entlarven und trotz aller Verschleierungsmechanismen die Widersprüche des Kapitalismus überall sichtbar zu machen.

Vom neuen Selbstverständnis zum Austritt aus der SMV

Daß wir früher unser Hauptaugenmerk auf die Arbeit in der SMV richteten, entsprang der Illusion, in der Schule einen Freiraum schaffen zu können – die SMV wurde also als ein Kampfmittel gegen bürokratische Obrigkeit angesehen – zum anderen einer bis dahin nicht geleisteten Analyse des Verhältnisses zwischen Schule und kapitalistischer Gesellschaft. Die Bildungsbürokratie kann ihre eigene Herrschaft nicht in Frage stellen, folglich geht es heute darum, die Schule als Institution der bürgerlichen Gesellschaft zu entlarven und die bürgerliche Ideologie in der Schule zu bekämpfen. Ob das Bildungswesen entscheidend verändert wird, wird davon abhängen, ob diese kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische verwandelt wird. Ein weiteres Verbleiben in dem Sandkasten der SMV würde also nur eine unnötige Bindung von Kräften und Erwartungen bedeuten, und von der wirklich zu leistenden Arbeit ablenken. Es versteht sich von selbst, dass wir mit der alten Arbeit auch den alten Namen aufgeben und einen, der neuen Arbeit adäquaten, übernehmen. Die neue Organisation wird direkter, unmittelbarer und ohne Verzettelung in bürokratischen Kleinkram arbeiten.

UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU DER BASISGRUPPEN UND ROTEN ZELLEN

Das Schulsprecherkollektiv
USI-Klassensprecher

(Aus: Rücktrittserklärung USI Wertheim, Wertheim Mai 1971)

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

ARBEITSFELDER DER USI

INTERNE ANALYSE

Das Referat wird im wesentlichen eine Anhäufung von Daten und Material aus der USI-Geschichte bieten, die uns für unsere heutige Sicht nach einem Arbeitsfeld und einer Strategie wichtig erschienen. Wir haben teilweise eine Interpretation versucht, können aber keine vollständige Analyse des Entwicklungsprozesses samt den Konsequenzen daraus, die uns den Weg einer zukünftigen politischen Arbeit präsentieren, anbieten. Diese Arbeit muß in den Diskussionen der ganzen Gruppe geleistet werden. Wir können nur einige Diskussionspunkte aufstellen.

Wir behandeln zunächst den Fragenkomplex: „Wie und warum ist die USI entstanden / aus welcher gesellschaftlichen Personengruppe hat sie bestanden / mit welcher Erwartung kamen die Leute zur USI?“

Unter den folgenden Fragen: „Auf welche Gruppe hat die USI sich gestützt / an welche Gruppen hat sie sich gewandt / wie hat sie gewirkt?“ wird dann die Entwicklung der USI in chronologischer Reihenfolge betrachtet. Die Einteilung in einzelne Abschnitte ist willkürlich und muß auf ihre Richtigkeit noch überprüft werden.

Um die Ereignisse wieder ins Gedächtnis zu rufen, hier noch einmal eine kurze Aufzählung: Schon während der Wahlvorbereitungen wird Bräuer als Kandidat vom Direktoriat abgelehnt. Trotzdem wird er mit überragender Mehrheit gewählt (11.11.69). Die Anerkennung wird verweigert. Der Versuch des Direktors, über Bräuers Mutter seinen Einfluß geltend zu machen, scheitert. Am selben Nachmittag (12.11.) treffen sich, nachdem Gus. von der Sache erfahren und sich mit H. Kommer verabredet hatte, einige Leute (Gus., Bräuer, ME, Ka., Güde, Kommer) und beschließen, den Direktor schriftlich um Anerkennung zu bitten. Diese wird jedoch hinausgezögert. Darauf treffen

sich am folgenden Tag (13.11.) mehrere Schüler, darunter auch VOX-Redakteure, mit Güde, Kommer, Leonhard und setzen die VOX-Information Nr. 1 auf. Diese wird nach dem Schwind-Intermezzo in der Nacht am nächsten Morgen verteilt. Es erfolgt jetzt die Anerkennung, aber die Repression gegen beteiligte Schüler geht weiter. Am 17. Nov. Findet eine Lehrerversammlung und eine Schülerversammlung zu den Ereignissen statt. Die USI wird bei den folgenden Diskussionen im Bronnbacher gegründet (GEW-Dokumentation, Rote Schüler Presse, Rotes Forum, VOX, Zeitung ...). Der Konflikt um die Schulsprecherwahl stand nicht allein. Vorausgegangen waren oft schon ähnliche Konflikte: Einstampfung der VOX, Rauschmiß von Axel W. (und Alex K.).

Die Frage, warum die USI entstanden ist, ist hier wohl nur aus den subjektiven Beweggründen der USI-Gründer zu beantworten. Die objektiven Gründe für die Entstehung der USI sind im Referat Nr. 4. (St.) genauer zu behandeln.

Eine objektive Voraussetzung für das Politischwerden von Schülern haben wir schon auf der Tagung in Messelhausen und auf unserem letzten Treffen bei Schl. festgestellt: nämlich die sinnliche Erfahrung von Widersprüchen in der Schule, die durch die Vermittlung von optimalen Ansprüchen (demokratische Idealen) und die schulische Realität zustande kommen (Tagung). Durch den Widerspruch zwischen den Interessen der Schüler (hier als Werturteil zu verstehen, was auch verkehrtes Interesse beinhaltet) und der Schulwirklichkeit wird die Voraussetzung zu einem politischen Potential geschaffen (Schl.). Oder so ausgedrückt: durch den Gegensatz zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Realität.

Dieser Gegensatz wird subjektiv erfahren und äußert sich dann in der Empörung über die undemokratische Schulwirklichkeit und in der Forderung nach mehr Demokratie (siehe VOX-Info 1).

Ein zweiter Punkt für die subjektiven Gründe der USI-Entstehung wäre der Wunsch nach persönlicher Emanzipation, „da allein in der Austragung des Konflikts die Chance bestand, dass den Schülern hiermit ein Stück Selbstbefreiung gelänge“ (Kommer-Referat).

Sicherlich spielt auch eine gewisse bei Schülern fast schon grundsätzliche Antihaltung gegen Lehrer und Direktion eine Rolle, dass in solchen Konfliktfällen die Sympathie ziemlich groß ist (vergl. die große Mehrheit bei der Wahl Bräuers, nach Ablehnung durch den Direktor).

Die subjektiven Momente der bei der Entstehung beteiligten Lehrer mögen gewesen sein, dass sich hier der Anlaß für sie bot, ihre theoretischen Äußerungen über Demokratie im Unterricht in die Schulpraxis umzusetzen. Auf Grund der Interessensidentität, die der Konflikt zwischen Schüler und Lehrer hergestellt hatte, war es richtig, den erbetenen Rat nicht zu verweigern und so dem Konflikt nicht aus dem Weg zu gehen, sondern durch seine Austragung eine Demokratisierung der Schule

Emanzipation der Individuen zu erreichen (Kommer Referat).

Die USI bestand zur Zeit der Gründung und auch in der Folgezeit nur aus Schülern des Gymnasiums, und hier im einzelnen: Oberstufe und z. T. Mittelstufe, Redakteure der Vox, z. T. Schüler aus Güdes und Kommers Klassen. Beratende Funktionen hatten neben Exgymnasiasten wie V. M. besonders die drei Lehrer Güde, Kommer, Leonhard.

Die Rolle der Lehrer haben wir schon auf der Tagung in Messelhausen angesprochen: sie haben auf Grund ihres Vorsprungs an theoretischem Wissen und Bewusstsein die Aufgabe, in dem Augenblick, w die Schüler die Widersprüche subjektiv erfahren haben, die objektiven Ursachen (Herrschaftsstrukturen) aufzuzeigen und den Schülern mit ihrem Rat zu helfen. Das hat mit Manipulation nichts zu tun, denn, wie Kommer sagt: „Die Entscheidung, ob und wie sie (die Schüler) handeln sollen, haben wir ihnen nicht abgenommen (Kommer Referat / vergleiche auch die Diskussion hierüber auf der Tagung). Außerdem bestand Solidarität in Mittel- und Oberstufe über die Diskussionen im Bronnbacher, persönlicher Kontakt, Schülervollversammlung und später über die SMV.

Die USI hat sich zu diesem Zeitpunkt als Vertreter zumindest aller Schüler angesehen. Man wandte sich an die Schüler, indem man davon ausging, sie alle seien im Grunde identisch mit der USI, die nur ihr Sprachrohr sei, was in den ersten Tagen durchaus richtig gewesen sein man; man maß in der folgenden Zeit wie schon am Anfang den Erfolg der Arbeit und vor allem die Legitimation an der Massenbasis.

Außerdem argumentiert man gegen Lehrer und Direktion und zwar in der Art, dass man auf Konflikte antiautoritär reagierte („Der Maulwurf schafft den Durchbruch schon“), wobei man seinen Standpunkt gegenüber Lehrer und Schüler zu rechtfertigen versuchte. Man blieb dabei zunächst sehr stark an den einzelnen Ereignissen und an der Art und Weise, wie man von oben behandelt wurde, fixiert.

In der Folgezeit wurde dann versucht, die Herrschaftsstrukturen an der Schule aufzuzeigen, und zwar ganz richtig, dass man an Hand der erfahrenen Widersprüche, die sich in den Konflikten äußern, die Herrschaftsstrukturen aufzeigt; die Schüler vermögen zu folgen und sie zu durchschauen. Allerdings ist die USI selbst noch auf der Suche nach der erklärenden Theorie. Die Stoßrichtung konnte nur von den Lehrern oder höchstens einigen führenden Leuten bestimmt werden. So ging die USI lange davon aus (wie übrigens die ganze Schülerbewegung; siehe Rotes Forum 1/70), dass die Schule ein letztes und vergessenes Fleckchen in der Demokratie der BRD sein, und dass unsere Forderungen also ganz legitim und allen einsichtig sein müssten. Deshalb auch die personelle Fixierung an Direktor und später OSA. Diese Personen schienen das Haupthindernis für eine Demokratisierung zu sein. Diesen Punkt haben wir schon auf der Tagung angesprochen: die Schülerbewegung versuchte zunächst Reformbestrebungen im System entsprechend dem idealistischen Demokratieanspruch. Die letzten Überlegungen gingen schon zeitlich über die Gründungszeit der Bewegung

hinaus.

An schriftlich fixierten Programmvorstellungen ist für die Anfangsphase der VOX-Information 1 aufschlußreich:

Hier stehen Forderungen wie: „Die Interessen der Schüler dürfen nicht verraten werden“ (um Solidarität zu schaffen!), „Unterstützt den Schulsprecher“ (ganz konkrete „ökonomische“ Forderung, Aufhänger für die Schüler), „Demokratisiert die Schule – schafft eine wirkungsvolle SMV“ (schon weitergehende Forderungen, allerdings mit der Illusion, in der SMV eine Demokratisierung zu erreichen).

Wie festgestellt, ist die Beeinflussung der USI durch die Lehrer nicht zu leugnen (auch ganz richtig!). Deshalb kann man Aussagen über längerfristige Programmvorstellungen über das Referat Kommers vor der Lehrerversammlung machen (wenn dieses Referat sich auch speziell an die Lehrer wendet!).

Kommer: Konflikt darf nicht isoliert gesehen werden, sondern ist symptomatisch für das Demokratieverständnis der BRD-Gesellschaft.

Die Demokratisierung der Schule leitet sich aus der Kritik der konkreten gesellschaftlichen Misstände ab:

1. Chancengleichheit existiert nur in der Verfassung / Beibehaltung eine Elite aus dem dem Mittelstand gegenüber der Masse der Arbeiterkinder durch die Auslesefunktion des Gymnasiums, die von vielen Lehrern als richtig angesehen wird.
2. Die Struktur der Schule ist feudalistisch, hierarchisch, undemokratisch / „Verwaltete Schule“ (Direktor wird vom OSA über seine Schule eingesetzt) im Gegensatz zur Selbstverwaltung (wie formal die SMV) / Die Lehrer entwickeln sich zu Funktionären, die ihrerseits wieder angepasste Menschen, Funktionäre, heranbilden / Die Schüler als schwächster Teil des Systems leiden (besonders im „Hinterland“) am stärksten darunter.
3. Die Mehrzahl der Lehrer praktizieren autoritären, repressiven, „harmonischen“ Unterricht / kein Austragen von Konflikten / oft falscher Demokratiebegriff bei den Lehrern / z. T. kommt der repressive Unterricht aus weitergegebenen Frustrationen aus eigenen nicht reflektierten Abhängigkeiten.

Die Schülerbewegung und Studentenbewegung lehnt die Schule als Anpassungsinstrument an ein formal pluralistisches, inhumanes Gesellschaftssystem ab und fordert Auflösung von nicht legitimer Herrschaft; so auch die Wertheimer Schüler. Deshalb müsse man sich kollektive Aktionen von organisierten Lehrern und Schülern vorbehalten, um eine Legalisierung der „Balance of Power“ zu erreichen. Die Diskussion musste in die Öffentlichkeit getragen werden.

Ein erster Einschnitt erfolgt nach dem Feist-Flugblatt nach der Vollversammlung im Roxy. Sympathie der Schüler wird in zwei Gruppen gespalten: in eine reformistisch-gemäßigte (Feist-Flugblatt / UIa-Resolution // -> IDS; später ADS und dessen Auflösung zur USI bzw. Reaktion; (Janson)) und eine fortschrittlich-demokratische (USI).

Die USI hatte ziemlich viel Anhang und Sympathisanten (Diskussionen im Bronnbach mit 50/60 Mann). Sie hat sich auf die fortschrittlichen Schüler gestützt und an alle Schüler gewandt, wobei sie neben dem Schulkonflikt auch gegen die Feist-Gruppe argumentierte.

Das Arbeitsfeld bleibt noch auf die Schule beschränkt (Die USI beteiligt sich nicht an der Leserbrief-Diskussion in der Zeitung). Praktisch engagiert sich die USI stark in der SMV-Arbeit. Theoretisch werden auch allgemein gesellschaftspolitische Themen angefasst, z. B. im Politischen Jugendforum, die Kossiek-Diskussion im Januar (NPD und Faschismus). Die USI beginnt jetzt Gruppenarbeit zu leisten, stellt Überlegungen über das Arbeitsfeld an.

Das USI-Info 1 (Flugblatt!) gibt Auskunft über die Vorstellungen:

„Die Flugblattaktion war dann auch nicht gedacht, den Direktor zu der Anerkennung zu zwingen ... sie sollte die Schülerschaft genauer über die Vorfälle und die dabei angewandten Methoden informieren und darüber hinaus dokumentieren, dass man weder im Augenblick noch in Zukunft gewillt sei, ähnliche Vorfälle zu akzeptieren“ (antiautoritär, Schutzfunktion der Gruppe, der Konflikt wird nicht isoliert betrachtet).

„Die Geschehnisse nach dieser Aktion ließen die Herrschaftsverhältnisse an unserer Schule deutlich erkennen“ (Aufklärung über das System).

Die Vergleiche der Methoden mit denen des Vietnam-Kongresses, Sternmarsches usw. stellt die Wertheimer Ereignisse in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen. Zwar distanziert man sich indirekt noch vom Kommunismus, verurteilt jedoch die primitiven antikommunistischen Kampagnen.

„Der Konflikt wurde unzureichend ausgetragen ... vielmehr wurde er auf eine höhere Ebene abgeschoben.“ „Die Ursachen ... müssen im (Schul-)System gesucht werden“.

„These: Das Schulsystem ist undemokratisch und autoritär“.

Desweiteren wird die Forderung aufgestellt, über die Empörung hinaus aktiv zu bleiben und aus dem Fall Konsequenzen zu ziehen. Man solle sich solidarisieren und die Bewegung nicht einschlafen lassen.

Die Konzeption ist hier schon klarer sichtbar:

Man will die Herrschaftsverhältnisse und die Methoden an der Schule aufdecken, den Konflikt in einen gesellschaftlichen Rahmen stellen (noch innerhalb des Systems!).

Man will eine aktive, demokratische Bewegung aufbauen, Solidarisierung erreichen und so eine Demokratisierung der Schule in Angriff nehmen (was eine Illusion ist).

So stürzte man sich auf die SMV-Arbeit (Bildung eines Schulsprecherkollektivs: Info-Flugblatt 1), die ab jetzt das Rückgrat der USI bildete.

Ein nächster tiefer Einschnitt in der Entwicklung der USI ist die Zeit um den NPD-Parteitag. Hier vollzieht sich in der praktischen Arbeit in Öffnung zur Kommunalpolitik, in der Theorie der Beginn, über die Schule hinaus politische Themen (Faschismus, NPD) zu behandeln, und der Versuch, die Gesellschaft als Ganzes zu

begreifen. (Verbindung Faschismus-NPD / Diskussion hierüber in der SMV – NPD in Verbindung mit dem Großkapital usw.; siehe SMV-Resolutionsentwurf.

Jedoch wurde der Versuch der vorantreibenden Kräfte in der USI, die Gesellschaft als Ganzes zu sehen, von den meisten nicht verstanden:

Die Demonstration gegen die NPD wurde als großes Ereignis verstanden, aber die Rolle der NPD, ihre Ziele usw. konnten trotz der Bemühungen im Stadt-Jugend-Forum und des Faschismus-Seminars nicht vermittelt werden (deshalb der Mißerfolg des Faschismus-Seminars).

Immerhin gelang es, über die Diskussionen im Stadt-Jugend-Forum und im Faschismusseminar andere Leute (aus anderen Schulen, auch einige Lehrlinge) anzusprechen und in die USI aufzunehmen. Neben diesem ersten Schritt zur Öffentlichkeitsarbeit (siehe auch Leserbrief-Diskussion über die Verselbständigung des StJF / Auseinandersetzung mit Scheuermann) wurde die SMV-Arbeit fortgeführt, die immer noch ein Hauptbestandteil der USI-Arbeit war. Einige Schüler schienen auch die Ausweitung des Arbeitsfeldes nicht nachzuvollziehen, weil sie den Zusammenhang zwischen NPD-Parteitag und Schule nicht verstanden (Trennung der Schularbeit und der Öffentlichkeitsarbeit).

In diesem Zeitraum wurde auch die Diskussion über den Fall Kommer wiederaufgenommen, der am 16. Februar „suspendiert“ worden war. Die Argumentation bezog das OSA und besonders dessen Methoden mit ein. Man verfasste Resolutionen, veranstaltete ein Teach-In und versuchte die Unterstützung der Eltern zu bekommen, was teilweise gelang.

Die Fortführung der Arbeit an der Schule und des Kampfes um Anerkennung ließ den Konflikt zum Streik (13. März) eskalieren. Dies ist der nächste Einschnitt. Die folgende Phase umfasste die Entlassung Kommers, die Versetzung Gudes und Leonhards und der Beginn einer systematischen theoretischen Arbeit.

Die USI konzentrierte sich wieder aufs Gymnasium. Sie war gezwungen, (vgl. die Androhung schärferer Maßnahmen auf der Schülervollversammlung anlässlich der Entlassung von Kommer; Flugblatt Streikaufruf) auf das Verhalten des OSA zu reagieren. Man hoffte, durch Streik das OSA zu einer Änderung seiner Haltung zu zwingen.

Man fixierte sich an der Person Kommer, dessen Wiedereinstellung gefordert wurde, und wandte sich heftig gegen Max und Unruh und Lübke (OSA), deren Absetzung verlangt wurde, was vollkommen illusionistisch war. In der USI war offensichtlich die Vorstellung vorhanden, durch den Streik die Wiedereinstellung Kommers zu erreichen, und das war auch das vorrangige Ziel des Streiks. Man war noch nicht in der Lage, die relative Sinnlosigkeit des Streiks zu begreifen und zu vermitteln. Ebenso wurde er nicht ausgiebiger zur theoretischen Wissensvermittlung und Bewusstseinsbildung ausgenutzt. Immerhin konnte man gut die Methoden des OSA aufzeigen und sie auf dieselbe Stufe

wie das Verhalten von Max stellen. Es wurde allen klar, dass der Konflikt nicht isoliert, als lokal begrenzt und einmalig betrachtet werden konnte. Ebenso sah man bald ein, dass Petitionen ans OSA und ähnliche demokratische Mittel vollkommen sinnlos sind (vergl. USI-Streikaufruf und ADS-Aufruf).

Mit dem Streik wurden viel Solidarität geschaffen: Schüler aller Schulen, Volkshochschulen (Flugblatt von diversen Gruppen am 14.3.), Eltern, z. T. Lehrer, Gruppen aus der Umgebung (LSK, SLB, SDS, AUSS, GEW usw.).

Viele Schüler und fast alle Lehrer und Eltern traten zwar für die Einstellung Kommer ein, weil sie die Methoden von Max und OSA missbilligten, aber sie solidarisierten sich nicht mit der USI und deren Zielen. Nur durch die Betonung der Person Kommer konnte soviel Sympathie mobilisiert werden (vergl. Fränk. Nachr. 14.3.70).

Aus den angeführten Gründen wird auch klar, dass die beim Streik geschaffenen Arbeitsgruppen (Humanismus, Faschismus, NC, SMV) scheitern mussten.

Es gelang nicht, die über den Fall Kommer Mobilisierten in die USI zu integrieren oder zumindest in USI-Sympathisanten zu verwandeln. Außerdem gelang es nicht, die Argumentationsebene des „Fall Kommer“ zu verlassen mit Ausnahme einer Kritik am Beamtenrecht, und eine Kritik des Schulsystems innerhalb des Kapitalismus in Angriff zu nehmen (Unverständene Ansätze im Sammelaufruf zur Demonstration).

Eine sehr positive Wirkung des Streiks und der Demonstration am 14. März ist die Emanzipation der Streikenden gewesen. Man überwand die Angschwelle vor „ungesetzlichen“ Aktionen und die Angst vor den „Herrschenden“. Durch die Auseinandersetzung und persönlichen Angriffe, denen sich der Streikende gegenüber sah, war er gezwungen, sich einen Standpunkt zu suchen, sich theoretisch weiterzubilden und im Sprechen zu üben. („Konflikt ist der Köder des Denkens“ Kommer-Referat). Außerdem hatte man sich gewisse Zugeständnisse erkämpfen können (Straflosigkeit; vergl. INFO 1, bessere Arbeitsbedingungen in der SMV).

Parallel zur Kommersache wurde an einer neuen Verfassung gearbeitet. Man hoffte, damit eine Demokratisierung an der Schule zu erreichen oder zumindest die gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dabei beschäftigte man sich auch grundsätzlich mit Sinn, Aufgaben und Möglichkeiten der SMV. Die Ergebnislosigkeit des Streiks und die Entlassung Kommer bewirkten eine Welle von Frustrationen unter den Schülern und in der USI. Viele Schüler, die sich zu große Illusionen gemacht hatten, oder die nur mitgelaufen waren, zogen sich zurück. Die Mitgliederzahl der USI nahm ab.

Die USI selbst begann jetzt, sich theoretisch weiterzubilden. Angesichts der gescheiterten Aktionen begann man, die Hintergründe für das Scheitern zu suchen, und ging zu einer gesellschaftspolitischen Betrachtungsweise über. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Genossen Güde (vergl. dazu die Feststellungen auf der Tagung

in Messelhausen).

Im Juni kam das erste INFO raus, das sich neben Schulthemen (SMV, Leistungsprinzip) auch mit allgemeinen wichtigen politischen Themen befasste (NC, Bundeswehr). Es wurden außerdem Arbeitsgruppen gebildet, die der Aneignung von marxistischem Grundwissen dienen sollten (Manifest, Engels), aber nur schlecht funktionierten. Wenn die Vermittlung innerhalb der Gruppe schon schwierig war und oft über Schlagworte und Pauschalurteile nicht hinausging, so war sie außerhalb der Gruppe fast überhaupt nicht vorhanden. Hier beschränkte sich die Arbeit auf die SMV und auf den Versuch, diese wirkungsvoller zu machen (Freiraumtheorie). Jedoch trat die USI als Gruppen auch in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen auf. Außerdem versuchten wir Kontakt zu anderen Gruppen (Lehrlinge, SDS (?), Juso-Eintritt) aufzunehmen, was aber nur eher lasch und nicht inhaltlich stattfand.

Diese jetzt beginnende Phase haben wir in unserer Rücktrittserklärung als präsozialistisch bezeichnet. Ein schwerer Schlag war die Versetzung von Güde.

Aus dem Streik hatten wir gelernt, dass wir die Versetzung nicht würden verhindern können. Die Demonstration sollte dann auch nur zeigen, dass wir „zusammen mit der SMV nicht gewillt sind, Willkürakte von oben einfach hinzunehmen“ (Resolutionsentwurf für die SMV).

Die Arbeit lief weiter unter dem Motto: „Güde muß gehen, die USI bleibt bestehen“ (vergl. auch das INFO II, vergl. Einschätzung in der Rücktrittserklärung.).

Nachdem Güde fort war, waren wir gezwungen, unsere Lage und unser Selbstverständnis zu überdenken. Hier wurde auch zum ersten Mal eine sozialistische Arbeit an der Schule mit Hilfe von Basisgruppen erwogen (siehe auch Rücktrittserklärung).

Der nächste wichtige Einschnitt war die Schülervollversammlung vom 15. Oktober 1970 in der Aula der Berufsschule. Sie war einberufen worden, um darüber abzustimmen, ob sich die SMV an die neuen Richtlinien der KuMi halten sollte (wegen des Kollektivs, das in den Richtlinien nicht vorgesehen war) oder nicht. Das Schülerparlament hatte zwar den Antrag der USI angenommen, die Lehrerversammlung nicht um Genehmigung des Kollektivs zu fragen, sondern für eine autonome SMV einzutreten.

Vorausgegangen war die Diskussion über diese Richtlinien, die als Farce entlarvt wurden. Bereits im INFO 1 bestand eine Einschätzung der Richtlinien, die schon auf einer Tagung der Schulsprecher von Baden-Württemberg in Bruchsal abgelehnt worden waren (siehe Flugblatt: „Und wieder nichts gelernt“ / SMV-Analyse im INFO III / Ki.-Referat).

Jedoch konnte die Schülerschaft die Schritte der USI und der SMV nicht nachvollziehen. Der Vorschlag der USI wurde in der Vollversammlung abgelehnt. In einer Analyse der Vollversammlung im INFO Nr. 3 wurde festgestellt: „Die Mehrheit der Schüler konnte diesen Entscheidungsprozeß (nämlich die Ablehnung irrationaler Autoritäten) jedoch nicht in einem Zuge nachvollziehen. Die Schüler konnten die Leistung, die von ihrer Avantgarde gefordert wurde, nicht einbringen ... Dies erklärt dann auch, wieso viele Schüler Aversionen gegen die eigenen Vertreter entwickelten und bei deren Argumenten lachten oder murrten ... In der USI war erkannt worden, dass sich jetzt eine neue Möglichkeit geboten hatte, die Macht des OSA einzuschränken. Die Mehrheit der Schüler jedoch, die bisher noch nicht gelernt hatte, sich klar für etwas zu entscheiden, glaubte weiterhin an den „guten Willen“ der Schulbürokratie ... Hier ist auch eine Kritik an der Schülerversammlung und der USI anzubringen, die es nicht verstanden hatten, auf den Kern der Sache, nämlich auf die unbedingt notwendige Autonomie der SMV mit mehr Nachdruck hinzuweisen“.

Die Niederlage auf der Vollversammlung zwang die USI, ihre bisherige Arbeit zu überdenken und Konsequenzen zu ziehen. Zwar sah man die Abhängigkeit der SMV vom OSA bzw. den Standort der Schule im ganzen System klarer (siehe Ki.-Referat und SMV-Analyse im INFO III), rettete jedoch die illusionistischen Vorstellungen von den Möglichkeiten der SMV heute in die Formel „Autonomie der SMV!“ hinüber und scheute sich vor schärferen Konsequenzen, um nicht das bisher wichtigste Arbeitsfeld (SMV) aufzugeben. So wurde die SMV-Arbeit noch lange weitergeführt, obwohl sie immer mehr an Bedeutung verlor.

Zugleich stellte man Überlegungen über ein neues Arbeitsfeld und eine neue Strategie an. Man ging davon aus, dass eine Schülergruppe an der Schule wirken müsse. Als konkretes Konzept wurde der Vorschlag, Basisgruppen zu bilden, wieder aufgenommen, was auch der theoretischen Arbeit – SMV-Kritik / Ansätze zur Schule – und Gesellschaftsanalyse / Kritik an der technokratischen Bildungsreform (INFO III) – entsprach. Man begann systematischer zu arbeiten und versuchte, von vorgegebenen Konflikten loszukommen und selbst zur Aktion überzugehen.

Die praktischen Auswirkungen waren schwach: es kam kaum zur Bildung von Basisgruppen, und die paar Leute, die eine Ideologiekritik im Klassenzimmer versuchten, konnten kaum die organisatorischen Fragen erledigen. Eine Politisierung der Schüler im Klassenzimmer wurde nicht erreicht.

Das mag einerseits an der Arbeitsunlust (Lustprinzip) und der mangelnden Einsicht der USI-Mitglieder gelegen haben und andererseits an der zunehmenden Passivität der Schüler und ihrer Abneigung gegen die USI. Die USI konnte sich zu diesem Zeitpunkt keinesfalls als Vertreter der Schüler ansehen; sie wurde von vielen abgelehnt.

„Allmählich wurde es für die USI immer unausweichlicher, in einer internen Diskussion alle offenen Fragen in Bezug auf das eigene Selbstverständnis grundlegend zu klären.

So kam es dann noch vor den Weihnachtsferien 1970 zu der ersten größeren Organisationsdebatte“ (aus Rücktrittserklärung: Über die Entwicklung der USI).

In dieser ersten Diskussion wurden die Probleme vor allem auf das Autoritätsproblem in der Gruppe und die mangelnde Aktivität (Lustprinzip) zurückgeführt. Außerdem wurde auf die Gefahr von „Paradesozialisten“ hingewiesen: „Die USI kann kein elitärer Verein von Paradesozialisten innerhalb der Schule sein – mit großartigen Auftritten in der Öffentlichkeit hat man das „revolutionäre Soll“ nicht erfüllt. Die Gruppe war und ist dazu da, die Isolation der Einzelnen aufzuheben und eine wirksame Politik der Veränderung zu betreiben“ (Paper zur Einleitung der Organisationsdebatte vom 14.12.70).

Die Debatte wurde Anfang 1971 mit der Analyse des Bildungswesens in der BRD fortgesetzt. Dabei wurden die Themen behandelt: Ideologie der Erziehung in der Klassengesellschaft / Zur Funktion des Gymnasiums / Analyse der Veränderung der Bildungsaufgaben / Die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von Qualifikationsstruktur und technischem Fortschritt (Schule im Kapitalismus, wie im INFO 4/5) / Zu den Schwierigkeiten in der USI.

Hiermit wurde zum ersten mal in der USI der Versuch unternommen, systematisch eine Analyse des Kapitalismus in der BRD und die Stellung des Bildungswesens darin durchzuführen und diese zu vermitteln (Schulung). Außerdem sollten auf Grund dieser Analyse und einer Untersuchung der Probleme in der USI eine weitere Strategie entwickelt werden.

Doch die Analysen wurden in Wirklichkeit nur von wenigen führenden Leuten durchgeführt und diskutiert. Die meisten Teilnehmer konnten der Diskussion überhaupt nicht folgen, geschweige denn inhaltlich begreifen. Die anderen Schüler konnten schon gar nicht folgen.

(Wir müssen diese Artikel in unserer jetzigen Diskussion durcharbeiten, vermitteln und auf ihre Richtigkeit überprüfen, ebenso die Referate anlässlich des Rücktritts und die Rücktrittserklärung!)

Während die interne Diskussion in der USI noch anhielt, engagierte sich USI in der Kommunalpolitik. Nachdem zu Weihnachten 1970 in der Wertheimer Zeitung die Frage eines Jugendhauses angeschnitten worden war und auf Initiative der USI (Gustl) im Stadt-Jugend-Ring behandelt wurde, gründete sich auf Initiative der USI aus Schülern, Lehrlingen und Jungarbeitern die Aktion Jugendhaus (zur Geschichte des Jugendhauses: Zeitungsartikel vom 26.1. / 11.2. / 17.2 / 11.6. / 18.6. / 29.6. und Jugendhaus-Akten. HINWEIS: Siehe auch Aktion Jugendhaus: Dokumentation. Die Geschichte der Aktion Jugendhaus ist eine Geschichte von Hausbesetzungen. Wertheim 1976. HINWEIS: Siehe auch Link: <http://www.traumaland.de/html/jugendhaus.html>)

Die USI war zwar die treibende Kraft, aber sie versuchte nicht, ihre eigenen

Vorstellungen, soweit diese überhaupt entwickelt worden waren, durchzusetzen, sondern überließ die Jugendhausangelegenheit mehr oder weniger anderen interessierten Leuten oder Gruppen (StJR/Arne Heinen/Frischmuth etc.). Es ist zwar ganz richtig, andere Leute für solche Aktionen zu gewinnen, aber es ist versäumt worden, die Durchführung zu planen und zu führen.

Die USI hat sie nie ernstlich Gedanken darüber gemacht, welchen Stellenwert die Jugendhaus-Aktion in ihrer Strategie und für ihre Ziele hat. So wurde zwar die Handlungsweise von Bürgermeister und Stadtrat in der USI als reine Hinhaltetaktik und leere Versprechungen entlarvt, aber man versuchte nicht, diese Beispiele für die Agitation der Jugendlichen in Wertheim und für das Aufzeigen von gesellschaftlichen Widersprüchen nutzbar zu machen. Ebenso konnte man keine Verbindung zwischen der Arbeit an der Schule (Ideologiekritik) und der Arbeit in der Öffentlichkeit (Kommunalpolitische Jugendarbeit) herstellen.

Deshalb musste auch die Hausbesetzung, die enorm viele Jugendliche aus allen Schichten – wenn auch nur aus Neugier – aktiviert hatte, völlig scheitern. Als man das Haus hatte, wurde weder in agitatorischer Hinsicht (Eltern, Jugendliche ansprechen; gegen Gemeinderat argumentieren usw.) noch in experimenteller Hinsicht (Möglichkeit einer sinnvollen Beschäftigung im Jugendhaus; Möglichkeiten des politischen Wirkens der USI im Jugendhaus) etwas getan.

Auch aus mangelnder theoretischer Vorarbeit und Vorbereitung konnte sich die Illusion breit machen, die Jugendlichen würden wirklich sehr bald ein Haus für sich bekommen. So war es schon schwer, nachdem die Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses immer mehr hinausgezögert wurde, die Aktion Jugendhaus noch zu neuen Tätigkeiten zu veranlassen, nach Abriß des Hauses aber ganz unmöglich. Soweit zum Jugendhaus.

Inzwischen hatten die Organisationsdiskussionen zu keinem konkreten Ergebnis geführt (siehe oben angeführte Gründe). Es war auch immer klarer geworden, dass die SMV-Arbeit nicht mehr viel Sinn hatte; sie beschränkte sich nur noch auf sinnlose Rumrederei über Richtlinienparagrafen und Hausordnung. Es war außerdem klar, dass die Schule kein Freiraum, keine demokratische Insel sein konnte. Nachdem es bei vielen nach dieser Einsicht keinen konkreten Ansatzpunkt für eine Arbeit mehr gab (die Revolution müsste erst gemacht werden, glaubten viele), machte sich die große Resignation breit.

Schließlich überlegten sich einige, ob man nicht die aktiven Reste der USI sammeln sollte und mit ihnen eine massive sozialistische Ideologiekritik im Unterricht durchführen sollte entsprechend den Vorstellungen, die seit der Vollversammlung im Oktober 70 entwickelt worden waren.

So wurde beschlossen, aus der SMV auszutreten und Rote Zellen zu gründen (die auch die sinnvollen Funktionen der SMV übernehmen sollten, z. B. Schutzfunktion). Die

neue Organisationsform wurde von den USI-Mitgliedern als Möglichkeit für eine Arbeit erkannt und eingesehen. Aber die Roten Zellen gingen bald ein (bzw. entstanden erst gar nicht), weil der Inhalt, den sie vermitteln sollten, letztlich nicht klar war und weil die Notwendigkeit, diese Arbeit zu leisten, nicht ganz eingesehen wurde.

Gegenüber der Öffentlichkeit war weder der SMV-Rücktritt noch der Ansatz der neuen Arbeit (Black-Panther-Veranstaltung) genug vermittelt. Die interessierten Schüler, die nach dem Rücktritt zum Teach-in kamen, konnte nicht für eine dauernde Arbeit gewonnen werden.

(Unsere Diskussion heute müsste inhaltlich und organisatorisch bei dem Konzept der Roten Zellen einsetzen. Dazu müssten die Referate der Organisationsdebatte, die Referate auf der Vollversammlung und die Rücktrittserklärung noch einmal durchgearbeitet und diskutiert werden.)

(Interne Analyse, Wertheim 1971)

USI

- Unabhängige Schüler Initiative Wertheim -
1969 - 1971

ARBEITSFELDER DER USI

INTERNE ANALYSE

THESEN UND FRAGEN

1. Zur Organisierung:

A Warum sind gerade diesmal die Konflikte ausgebrochen und haben sich ausgeweitet? Welche Widersprüche führen zur Politisierung (Fortsetzung der Diskussion bei Schl.)

B Welche Rolle spielen dabei die Lehrer (geklärt)? Hierbei muß über die Taktik diskutiert werden: subversiv oder offen? (Die Rolle der Lehrer kann heute von Schülern übernommen werden). Warum Beeinflussung von linksorientierten Leuten?

C Ist es richtig, die Massenbasis als Ausgangspunkt und Legitimation für die politische Arbeit anzustreben (beim Konzept der Roten Zellen verneint / am Anfang ging die USI immer davon aus!) Bewusste Abgrenzung, um ideologische Einheit und Arbeitsfähigkeit zu erhalten?

D Fehlende Zielvorstellungen ließen die Aktionen scheitern

E Arbeit außerhalb der Schule (SMV) war immer nur ein Anhängsel (Jugendhaus / Stadtjugendforum / Jusos / Faschismusseminar). Bei Verselbständigung bald eingegangen. Solange die USI die Sache in der Hand hatte, waren konkrete Vorstellungen da / Gefahr der Unterwanderung von reformistischen Kräften.

F Durch Öffentlichkeitsarbeit sind Jugendliche zu gewinnen (oder besser anzusprechen) und zwar über kurzfristige subjektive Interessen (Jugendhaus). Welchen Stellenwert haben solche Aktionen?

G Stellenwert der Arbeit in schein-demokratischen Institutionen der Schule. Mit

Scheitern der SMV-Arbeit auch Scheitern der USI.

H Einschätzung von großen Aktionen wie Streik und Jugendhaus-Besetzung

2. Zur Bewusstseinsbildung:

A Bis zum Streik etwa konnten die Schüler die Ereignisse durchblicken und die Leistungen ihrer Avantgarde (USI / Aufdeckung von Herrschaftsverhältnissen in der Schule und OSA) nachvollziehen, weil das Verhalten und die Methoden von Direktion und OSA subjektiv erfahrbar undemokratisch war (immer am bürgerlichen demokratischen Demokratieverständnis gemessen).

Es ist nicht möglich gewesen, die Herrschaftsstrukturen auf das ganze gesellschaftliche System zu übertragen. Warum? Klassenspezifische Lage der Schüler siehe Diskussion Schl. bzw. Tagung.)

These: Lehrlinge bei entsprechendem Bewusstseinsstand können diesen Schritt leichter vollziehen. (-> Zusammenarbeit von Schülern und Lehrlingen, um sich hierin gegenseitig zu helfen!)

B Bewusstseinsbildung der einzelnen in der Gruppe parallel zur Entwicklung der USI (je mehr die USI sich von der Masse der Schüler entfernte, desto stärker spaltete die USI sich in sich selbst in Avantgarde (Autoritäten) und Masse). Welche Aufgabe kommt der Avantgarde zu?

C Das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ist stets einseitig verschoben gewesen: entweder hat man sich in einen Aktionismus gestürzt, ohne Konzept, ohne den Stellenwert abzuschätzen und die Aussichten auf Erfolg, oder man versuchte theoretisch zu arbeiten, wenn keine Ereignisse die Möglichkeit zur Aktion boten (antiautoritär), allerdings auch ohne Konzept, mehr als Gewissensberuhigung unseres Anspruches (demokratisch, sozialistisch usw.) gegenüber. Noch nicht einmal der sozialistische Anspruch konnte begründet und theoretisch dargelegt werden (-> Schulung) (vergl. 1D) (Die Verschiebung zum reagierenden Handeln kann auch damit begründet werden, dass die Ereignisse zum Handeln zwangen; es war keine Zeit vorhanden, diese Ereignisse in einen theoretischen Rahmen zu stellen und dann noch den anderen Schülern zu vermitteln.)

D Es gelang nicht vollständig, über den Konflikt um die Personen Bräuer, Kommer (Güde, Leonhard) gesellschaftspolitisch zu werden. Es blieben ökonomische Forderungen. Warum?

(Interne Analyse, Wertheim 1971)

MODELL BASISSEMINAR

BASISSEMINARE IN

FRANKEN-HOHENLOHE

- AUSLÄUFER DER

SCHÜLERBEWEGUNG 1973/74

Man zählt das Jahr 1973 unserer Zeitrechnung. In weiten Teilen der BRD ist die Schülerbewegung bereits zusammengebrochen oder liegt in den letzten Atemzügen. In weiten Teilen der Provinz, die die Schülerbewegung erst später erreicht hat, gibt es jedoch Versuche, aufbauend auf den Erfahrungen, leider auch unter Übernahme fast sämtlicher Fehler der Metropolen, Schülerbasisarbeit aufzubauen.

Auch in der Gegend von Wertheim gab es eine Anzahl von Leuten, die sich Gedanken darüber machten, auch hier Schülerarbeit zu initiieren, bzw. bestehende Aktivitäten zu unterstützen und auszubauen.

Ausgehend von der Provinzsituation Wertheims und Franken-Hohenlohes entstand der Gedanke, Seminare außerhalb der „normalen“ Lebenssituation durchzuführen. Es sollten Schüler mobilisiert werden, an Wochenenden gemeinsam wo hin zu fahren. Ein wesentlicher Grund für diese Einschätzung war die Provinzsituation Wertheims, wo es an Wochenenden kaum befriedigende Freizeitmöglichkeiten für Schüler und andere Jugendliche gibt, und deshalb der Gedanke daran, „an einem Wochenende mal rauskommen aus dem Kaff“.

Ein weiterer Aspekt, der zu der Überlegung von Wochenendseminaren führte war der, über ein engeres Beisammensein von Leuten mit denselben Interessen ein Solidaritätsgefühl zu vermitteln und dadurch neue Anstöße für politische Arbeit zu wecken. Darüber hinaus war daran gedacht, Gruppenprozesse bei den Teilnehmern einzuleiten, die zusammen in einer Gruppe arbeiten und gemeinsam eine Schule besuchen. Da die Durchführung von solchen Seminaren und auch die Vorbereitung

ganz nett ins Geld gehen, wurde überlegt, wer die ganze Sache finanzieren könnte. Die örtlichen Jungdemokraten, seit Jahren in der Basisbewegung aktiv, nahmen daraufhin Kontakt zum Bundesschülerreferenten der DJD auf, der die Unterstützung der Wertheimer Initiative als Förderung von Seminaren mit Modellcharakter zusicherte. So war weitgehend die Finanzierung und die anschließende Publizierung der Seminarergebnisse gesichert.

Das erste Seminar der Reihe dieser sogenannten Basisseminare fand dann Ende Mai 1973 in Erlangen statt. Duft Jugendherberge dort. Kein Ärger wegen nächtlichen Austobens. Wir kriegten Hausschlüssel. Gutes Essen. Allgemein duft Seminarbedingungen. Die organisatorische Vorbereitung dieses Seminars blieb im wesentlichen auch nach der Übernahme der Trägerschaft durch den Bundesverband der DJD in Händen der Wertheimer.

Die Mobilisierung zu dem Seminar erfolgte durch Mund zu Mund-Propaganda und durch Flugblattaktionen. Zitat aus einem internen Nachbereitungspapier: „Ca. vier Wochen vor dem Seminar wurden sämtliche weiterführenden Schulen im Main-Tauber-Kreis mit breiter Streuung bedacht: große Auflage der Flugblätter mit Anmeldeschein. Erfolgreicher war aber die Mund-zu-Mund-Propaganda. Von den Städten, wo wir niemand kannten, zeigte sich äußerlich insofern keine Resonanz, daß keiner kam.“ Insgesamt konnten 25 Schüler mobilisiert werden, 21 davon unorganisierte Leute.

Im Seminar wurde in drei Arbeitsgruppen gearbeitet. Themenbereiche waren:

- Bildungsökonomie (behandelt werden sollten Grundlagen der bürgerlichen Bildungsökonomie, die Problematik des technischen Fortschritts und der Bildung, historische Momente, sowie die Rolle und Funktion von Gesamtschulen).
- Sozialisation (behandelt werden sollte u. a. die Definition der Sozialisation und Unterschiede im Sozialisationsverlauf bei Mitgliedern unterschiedlicher Schichten).
- Allgemeine Schülerarbeit (zu behandelnde Einzelfragen waren Schulstreiks, die Rolle und Funktion der Schülermitverwaltung, Auswirkungen des Notensystems, Leistungsdruck und Konkurrenzverhalten).

Die drei Arbeitsgruppen waren vom Niveau so gehalten, daß Arbeitsgruppe 1 gedacht war für Seminarteilnehmer mit politischer Erfahrung, also für sogenannte „Fortgeschrittene“. Arbeitsgruppe 2 war gedacht „für Anfänger und Teilnehmer, die sich kurz eingelesen haben“ und Arbeitsgruppe 3 sollte Denkanstöße vermitteln und zu Aktivitäten anregen bei Schülern, die bisher nicht oder fast nicht politisch aktiv gewesen sind.

In den einzelnen Arbeitsgruppen waren von den Tutoren Arbeitspapiere und Thesenpapiere vorbereitet worden, um die Diskussion in Gang zu setzen. ...

Im Anschluß an das Seminar setzten die Wertheimer Jungdemokraten einen Arbeitskreis ein, der sich mit der Auswertung und weiteren Bearbeitung der Ergebnisse

des Seminars beschäftigte. In diesem Arbeitskreis arbeiteten über einen Zeitraum von fast einem Jahr zwischen fünf und zehn Teilnehmer des Seminars mehr oder weniger kontinuierlich mit.

Der Ablauf des Erlanger Seminars wurde dokumentiert und zusammen mit den ungekürzten und bearbeiteten Protokollen in der Broschüre „Modell eines Basisseminars I“ vom Bundesverband der Jungdemokraten veröffentlicht. Das zweite Ergebnis der Nachbereitung durch die Wertheimer Arbeitsgruppe waren aufbereitete Diskussions- und Arbeitspapiere, die auf der Grundlage der Thesenpapiere des Erlanger-Seminars und der Diskussionen dort erstellt wurden. Diese Diskussions- und Arbeitspapiere sollten nun als „Modell eines Basisseminars II“ als Grundlagenmaterial für die inhaltliche Planung und Durchführen von Basisseminaren herausgegeben werden. Doch zuvor wurden die Materialien auf dem zweiten Modellseminar in Heilbronn auf ihre Brauchbarkeit hin getestet.

Das Seminar in Heilbronn fand dann im September 1973 statt. Es sollte versucht werden, die Arbeitsansätze für Schülergruppen in Bad Mergentheim und in Wertheim, die sich zwischenzeitlich aus dem Erlanger Seminar ergeben hatten, weiterzuentwickeln.

Der Aufbau des Heilbronner Seminars ähnelte dem Seminar von Erlangen. Die Besucherzahl des Seminars übertraf alle Erwartungen. Fast 50 Teilnehmer waren gekommen (das erste Seminar hatte sich rumgesprochen), fast alle davon waren nicht organisiert.

Betrachtet man Ablauf und Ergebnisse der beiden Seminare, so fallen auf den ersten Blick eine Reihe von positiven Eindrücken auf:

1. Die auf beiden Seminaren vorliegenden Thesenpapiere und Arbeitsmaterialien entstammten dem Erfahrungsbereich und den Interessengebieten der teilnehmenden Schüler, waren größtenteils von Schülern selbst verfaßt und glänzten nicht im sonst bei Linken so üblichen Akademikerdeutsch.
2. Durch die entstandenen Broschüren war ein Anstoß gegeben worden, ähnliches noch an mehreren Orten unter derselben Konzeption durchzuführen.
3. Die Arbeitsgruppe Wertheim hatte eine intensive und systematische Bearbeitung der Thesenpapiere und Arbeitsmaterialien vorgenommen. Dadurch wurden ca. 10 Unorganisierte zur kontinuierlichen Mitarbeit in einem organisierten Zusammenhang bewegt.

Doch schlichen sich auch grundlegende Fehler ein: Der Wertheimer Arbeitskreis leistete anfangs hervorragende inhaltliche Arbeit, doch beschränkte sich seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Erarbeitung von Paier und auf die Mobilisierung zum nächsten Basisseminar. Die praktische Schülerarbeit vor Ort, also an der eigenen Schule, wurde darüber „vergessen“. Das hatte verheerende Folgen: Die „Theoretiker“ begannen nach der Fertigstellung der Broschüre II mit der Erarbeitung von weiteren Papieren, bei

denen sich die Abgehobenheit von der Praxis an der Schule schon deutlich zeigte. Das Niveau dieser neuen Arbeitspapiere war um Stufen komplizierter, die Papiere kennzeichnet ein Drang nach theoretischem Perfektionismus. Die Theoriearbeit hatte sich verselbständigt.

Die Folgen zeigten sich schon auf dem nächsten Basisseminar, das für Mitte März 1974 angesetzt wurde. Die Teilnehmerzahl war mit knapp 40 Leuten wiederum sehr hoch. Geht man von der Einschätzung aus, wie sie jeweils auf den Abschlußplenen geleistet worden waren, so war bei diesem dritten Seminar ein klarer Abfall gegenüber den beiden vorhergehenden zu verzeichnen. Dies lag vor allem daran, daß für alle Arbeitsgruppen zu dicke und zu schwer verständliche Arbeitspapiere vorlagen.

Die Diskussion klebte infolgedessen zu stark mangels Spielraum am Papier bzw. kam erst gar nicht auf. Das Ergebnis war, daß die meisten Teilnehmer recht frustriert nach Hause fuhren.

Hauptziel der Seminare war die Stärkung vorhandener und die Initiierung weiterer Schülergruppen. Beides ist nicht ganz gelungen. Dies lag jedoch nicht an der Art und Weise der Durchführung der Seminare, sondern daran, daß keine Nacharbeit gelaufen ist. So gab es kurzfristig eine Stärkung für Schülergruppen dadurch, daß sie über die Seminare und das dort vermittelte Wissen und das Gruppenerleben neu motiviert, die Arbeit vor Ort wieder aufnehmen konnten, doch flaute dies schon bald nach den Seminaren wieder ab, weil die Hauptaktivisten bei der Vorbereitung und Durchführung der Basisseminare lediglich eine inhaltliche Aufbereitung vornahmen, jedoch die praktische Nachbereitung mit den anderen Teilnehmern an den Schulen nicht angegangen sind. Von daher fehlte der praktische Teil der Nachbereitung der Seminare, es fehlte die gemeinsame Umsetzung der Seminarergebnisse, es fehlte die langfristige Perspektive der Grundziele der Basisseminare.

Aus: Modell Basisseminar. Basisseminare in Franken – Hohenlohe – Ausläufer der Schülerbewegung 73/74. In: TRAUM-A-LAND. Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 8 Juni 1979: Schwerpunkt: Unsere Region 1969-79, Seite 6 – 9.